

Willi Vollenweider, dipl.El.Ing.ETH, alt Kantonsrat, Präsident
Gruppe GIARDINO, Postfach 7701, 6302 Zug
E-Mail: admin@gruppe-giardino.ch – Zug, den 27. September 2019

Geht an alle Bürgerinnen und Bürger,
welche für den Wiederaufbau einer verfassungsmässigen Miliz-Armee
einzustehen bereit sind und an alle GIARDINO-Mitglieder sowie an
Persönlichkeiten, welche Mitglieder werden wollen.



Rundschreiben Nr. 28

1. GIARDINO an der **Zuger Messe** – besuchen Sie uns! 19. bis 27. Oktober 2019, Stadt Zug, Stand B 8.24

Die Gruppe Giardino zeigt sich vermehrt in der Öffentlichkeit. Die Bevölkerung muss über das dramatische Ungenügen der gegenwärtigen Un-Sicherheits-Politik des Bundes informiert werden. Nur eine informierte Bevölkerung wird ihre Verantwortung bei Wahlen und Abstimmungen wahrnehmen können. Besuchen Sie uns oder helfen Sie mit, die Bevölkerung aufzuklären!

2. Gelten unsere Gesetze für Bundesrätin Amherd auch?

In Grossbritannien löste die Absicht des Premierministers, sich nicht an das anti-no-deal-Brexit-Gesetz («Benn Bill») des Parlaments zu halten, heftigste Diskussionen aus. Bis zur Androhung einer Anklage mit in Aussicht gestellter Gefängnis-Strafe für den Premierminister!
Eigentlich nachvollziehbar.

Wieso sollte es einer Regierung in den Sinn kommen, geltende Gesetze zu missachten?

In der Schweiz gelten leider andere «Bräuche»:

Hierzulande stören sich nur ganz wenige daran, wenn **Bundesrat und Parlament sowie die Bundes-Verwaltung geltende Gesetze einfach ignorieren und sich darum foutieren.**

(Unsere Wahrnehmung: Wir Kleinen werden bestraft, die ganz Grossen lässt man gewähren.)

Das Militärgesetz (MG) sagt zur Armee klipp und klar:

Art. 1 Aufgaben der Armee

¹ Die Armee:

- a. dient der Kriegsverhinderung und trägt bei zur Erhaltung des Friedens
 - b. verteidigt das Land und seine Bevölkerung
 - c. wahrt die schweizerische Lufthoheit
- (...)

Seit der «Armee 95» haben drei Abbauschritte unsere Armee de facto zerstört: «Armee 21», «Entwicklungsschritt 08/11», sogenannte «Weiterentwicklung der Armee WEA». Referenden dagegen wurden vor allem durch die bürgerlichen Parteien unterdrückt. Parallel dazu haben die Kantone leichtsinnig ihre bisherigen Militär-Kompetenzen vollständig an den Bund abgetreten (Volks-Abstimmung vom 28. November 2004) mit der Folge, dass sie heute praktisch kein Sicherheits-politisches «Knowhow» mehr haben («aus den Augen – aus dem Sinn»). Die WEA-Alibi-Armee hat gerade noch 8'500 vollausgerüstete Infanteristen (10 Inf Bat), sprich rund 300 pro Kanton. Unsere Luftwaffe ist auf nur noch zwei Jet-Kriegs-Flugplätze heruntergespart worden, die Logistik funktioniert schon seit längerem nicht mehr verlässlich. Diverse Beschaffungs-Skandale (FIS Heer, Duro, Panzerminenwerfer Panzermörser 16) beweisen, dass

da offensichtlich Dilettanten am Werk sind. Eine glaubwürdige Einsatz-Doktrin ist überflüssig geworden, weil die für den Verteidigungs-Fall notwendigen Abwehr-Mittel dramatisch fehlen. Wer behauptet, die Armee könne ihren Verteidigungs-Auftrag erfüllen, lügt. Ein Etikettenschwindel! Dabei fehlt es nicht am Geld. Das Geld, immerhin 5 Milliarden CHF pro Jahr, wird mehr oder weniger zum Fenster hinausgeworfen. Trotz Armee-Halbierung per 1.1.2018 beläuft sich der Bestand an VBS-Angestellten praktisch unverändert auf 12'000 (FTE, VZÄ) (Quelle Voranschlag Bund VA 2020 MIT IAFP 2021–2023 / BAND 2A), davon 415 im Bundesamt für Sport. Entsprechend überproportional hoch sind die Personalkosten: 1'390 Millionen allein für die 9'502 Angestellten im Bereich «Verteidigung», durchschnittlich pro Person also stolze CHF 146'000, Fixkosten notabene. Rund eine Milliarde CHF fressen darüber hinaus allein fiktive Mietkosten auf – dabei gehören die meisten Immobilien seit langem dem Bund und sind längst amortisiert. Auch die nochmals halbierte Armee (WEA) beschäftigt unverändert 50 «Generäle» (Höhere Stabs-Offiziere, mit Sternen). Ein «General» pro 2'000 Soldaten. Grotesk.

Zum Militär-Gesetz:

a. (Die Armee) dient der Kriegsverhinderung und trägt bei zur Erhaltung des Friedens:

Unsere Politiker weigern sich stur, diese klare gesetzliche Bestimmung umzusetzen.

Ja, die Kriegsverhinderung ist in der Tat die vornehmste und wichtigste Aufgabe unserer Armee. Nur eine starke, robuste Armee kann mögliche Gegner davon abhalten (Dissuasion), Gewalt gegen unser Land einzusetzen. Oder unserem Land in irgendeiner Form zu drohen.

Unsere heute extrem geschwächte Armee ist unglaublich und lädt durch ihren Zustand mögliche Gegner aller Art geradezu ein, der Schweiz zu drohen oder gar Gewalt anzuwenden.

b. (Die Armee) verteidigt das Land und seine Bevölkerung:

Unsere Politiker weigern sich stur, diese klare gesetzliche Bestimmung umzusetzen.

Unsere Rumpf-Armee kann unser Land nicht verteidigen: Weder gegen einen konventionellen Angriff noch gegen einen unkonventionellen «hybriden» Angriff (Cyber, elektromagnetischer Raum, Guerilla-Taktiken u.a.). Um extreme Kriegs-Schäden zu vermeiden, wäre der Bundesrat gezwungen, unverzüglich die «weisse Fahne» zu schwenken und sofort die Kapitulation der Schweiz zu erklären. Für die Bevölkerung bedeutet dies den **Totalverlust** ihres Wohlstands, ihrer Rechte, ihrer sozialen Errungenschaften, ihrer direkten Demokratie, ihrer Freiheit. Die grobfahrlässige Un-Sicherheits-Politik der Schweizerischen Bundes-Politiker nimmt dies bewusst in Kauf, leider unterstützt durch sämtliche «bürgerlichen» Parteileitungen und durch viele Kantone.

c. (Die Armee) wahrt die schweizerische Lufthoheit.

Unsere Politiker weigern sich stur, diese klare gesetzliche Bestimmung umzusetzen.

Im Klartext: Die Armee muss jegliche unerlaubten Flugbewegungen in unserem gesamten Luftraum unterbinden, das heisst sie muss in der Lage sein, jeden Angriff mit guten Chancen auf Erfolg abzuwehren: Kurz-, Mittel- und Langstrecken-Raketen, Drohnen, Flugzeuge, Kampf- und Transport-Helikopter, Angriffe im elektromagnetischen Raum, Beschuss aus grenznahem Territorium in unseren Luftraum hinein etc. Flächendeckend, ohne ungeschützte Gebiete. Mit oftmals redundanten Systemen. Robust, nicht nur von bloss zwei Flugplätzen aus, die im Einsatzfall sogar beide gleichzeitig aus Meteogründen keinen Flugbetrieb erlauben könnten! «Lufthoheit» heisst «Luftüberlegenheit». Ganz sicher nicht bloss die Schaffung einer bloss «vorteilhaften Luftsituation», wie es sehr naiv im kürzlichen VBS-Bericht «Zukunft der Bodentruppen» heisst. Ohne eine zumindest räumliche Luftüberlegenheit können unsere Bodentruppen sich weder bewegen noch kämpfen, sie erhalten auch keinen Nachschub mehr.

Ja, Bundesrätin Amherd hat die Armee in einem katastrophalen Zustand übernehmen müssen. Ihre Vorgänger haben «ganze Arbeit» geleistet. Die beiden sicherheitspolitischen Kommissionen nehmen ihren Aufsichts-Auftrag schon länger nicht mehr wahr und winken meist kritiklos jeden «Mist» durch, den ihnen die Verwaltung auftischt. Selbstverständlich machen sie das im Auftrag ihrer Parteileitungen. Ganz sicher aber zum Nachteil der Bevölkerung und ihrer Wählerschaft! Genau wie ihre unseligen Vorgänger nimmt auch Bundesrätin Amherd weder Militärgesetz noch Bundesverfassung ernst. Genau wie ihre Vorgänger kann auch sie dem Volk nicht erklären, wozu wir überhaupt eine Armee brauchen.

Dabei ist sowohl das Militärgesetz als auch die Bundesverfassung kristall-klar.

Wir haben es mit einem regelrechten **Staats-Versagen** zu tun. Der Staat verspricht den Bürgern und Bürgerinnen eine gesetzlich verankerte nationale Sicherheit, kassiert dafür jährlich 5'000 Millionen Schweizer Franken ein, erbringt aber die gesetzlich vorgegebenen Leistungen nicht einmal ansatzweise, wie eine Versicherung, die im Schadensfall ihre Leistungen nicht erbringt. Mit ihren zurzeit 1'000 Mitgliedern ist die Gruppe Giardino zu schwach, um diesen Missstand allein erfolgreich zu bekämpfen. Das wissen wir. Unser Anliegen muss es sein, möglichst viele unzufriedene Bürger und Bürgerinnen zu motivieren, unseren Kampf gegen die verantwortungslose Sicherheitspolitik von Bund und Kantonen zu unterstützen. Ideell, durch aktive Mitarbeit und bei grösseren politischen Aktionen auch finanziell.

Die Positionen unserer Gruppierung sind unverändert in unserem Strategie-Dokument festgehalten: «Armee-politische Position der Gruppe GIARDINO» (siehe www.gruppe-giardino.ch/positionen, ganz unten auch als PDF herunterladbar).

3. Eidgenössische Wahlen vom 20. Oktober 2019 (Hinweise siehe unsere Website!)

«Es wird niemals so viel gelogen wie vor der Wahl, während des Krieges und nach der Jagd.»

Otto von Bismarck (1815 - 1898), erster Reichskanzler Deutschlands

«Politiker» und «Politikerinnen»

sind meistens Personen, die von der Sache gar keine oder kaum eine Ahnung haben, trotzdem aber vom Volk bevollmächtigt worden sind, darüber zu entscheiden.

Das gilt ganz besonders für Militär-Angelegenheiten. Militärische Erfahrungen sind schon im heutigen Parlament selten und werden im neuen Parlament noch seltener – die Wahrnehmung der Armee in der Bevölkerung schwindet schon nur infolge der fortgesetzten Armee-Auflösungs-Massnahmen bis hin zur baldigen völligen Bedeutungslosigkeit. Gegensteuer gibt niemand. Immerhin geht es in der Bundespolitik um unsere Freiheit, unsere Unabhängigkeit, um unseren Wohlstand, um unsere Bürger-Rechte und – last but not least – um die Verwendung von rund 72'000 Millionen von uns Bürgern und Bürgerinnen einkassierten Steuern und Abgaben. Auf die 244 eidgenössischen Parlamentarier umgelegt, sind dies fast 300 Millionen pro Kopf. Die Aufgabe von Giardino und seinen Mitgliedern ist es, die Politiker und Politikerinnen mit ungeschminkten Informationen zu versorgen und sie dabei zu unterstützen, die für unsere Bevölkerung richtigen Entscheide zu fällen.

Persönlichkeiten sind wichtiger als Partei-Soldaten.

Leider wird auch im derzeitigen Wahlkampf die fundamental-wichtige Staats-Aufgabe der nationalen Sicherheit totgeschwiegen. Oder haben Sie in irgendeinem Wahl-Pamphlet irgendetwas über die Armee, oder gar wie es mit ihr weitergehen soll, gelesen?

4. Neuer CdA – wo bleibt die Unternehmens-Sanierung?

Unsere Armee ist längst ein Sanierungsfall. Die Aufgabe ist allerdings fast nicht erfüllbar. Der CdA, das VBS und die Miliz-Armee werden durch unsere Bundespolitiker weiterhin im Stich gelassen. Dabei ist die Armee ein veritables Gross-Unternehmen, mit einem Jahresbudget von 5'000 Millionen Franken, zuzüglich 5,4 Millionen Dienstage, welche durch die Miliz und somit durch die Wirtschaft getragen werden, mit einem VBS-Fixpersonalbestand von 12'000 Mitarbeitenden und einem Personal-Pool von 140'000 Angehörigen der Miliz.

Ein Unternehmen, das seinen Auftrag nicht mehr zu erfüllen in der Lage ist, schickt man in eine «Sanierung» sofern noch Hoffnung besteht. Ist aber «Hopfen und Malz» verloren, muss liquidiert und die dadurch ausfallenden systemrelevanten Dienstleistungen anderweitig erbracht werden. Eine uns gedanklich nahestehende Miliz-Organisation regte in einer kürzlich herausgegebenen Broschüre letzteres an, im Gleichschritt mit der gegenwärtigen Bundesrats- und VBS-Denkweise, dass die Schweizerische Eidgenossenschaft ohne Beistand von Aussen im Kriegsfall nicht überlebensfähig sei. Trugbild: «Sicherheit durch Kooperation» «weiterentwickelt» zur «Sicherheit durch Delegation an andere» wie es die Kantone bereits vor-exerziert haben.

Eine noch weitergehende Eingliederung oder gar Delegation unserer nationalen Sicherheit an ausländische oder private Organisationen kommt für uns niemals in Frage. Entweder wir sind als Staat selber überlebens-willig und überlebens-fähig oder er verliert seine Existenzberechtigung. Vielen, aber nicht allen Bundespolitikern und VBS-Angestellten, geht es längst gar nicht mehr um das Landes-Interesse, sondern hauptsächlich um «Besitzstandwahrung», heisst die Sicherung ihrer Pfründe und grosszügigen Bundes-Pensionen. Eine Sanierung funktioniert niemals von innen heraus. Selbst wenn Bundesrätin Amherd VBS und Armee korrekt als Sanierungs-Fall einstufen würde, käme sie damit, gegen ihre eigene Partei und gegen alle anderen Parteien nie durch.

Ohne eine durch das eidgenössische Parlament eingesetzte Kommission zur grundlegenden Restrukturierung unserer Landesverteidigung und zur Rückbesinnung auf die wirkliche Aufgabe der Armee in unserem Staatswesen wird es nicht gehen (Muster: Oswald).

Vorher muss aber wohl erst eine Katastrophe eintreten – nur ist es dann definitiv zu spät!

5. Neuer Web-Auftritt www.gruppe-giardino.ch

Die Gruppe Giardino hat einen neuen Web-Auftritt! Damit sollen unsere Sorgen und Anliegen verständlich und ehrlich zum Ausdruck gebracht werden. Wir werden beharrlich an der Darstellung der Wahrheit und der Fakten festhalten, diese dokumentieren und publizieren.

Verbesserungsvorschläge für den Web-Auftritt oder aktive Mitarbeit ist herzlich willkommen.

Da wir mit dem neuen Auftritt auf die Weiterführung des früheren, bekannten und beliebten «Medienspiegels» verzichten, möchten wir unsere Mitglieder auf den ausgezeichneten Newsletter der Fricktaler Offiziere hinweisen: https://fricktaleroffiziere.ch/?page_id=477

6. Werben Sie neue Giardino-Mitglieder!

Wir dürfen nicht aufgeben!



Willi Vollenweider, Präsident der Gruppe GIARDINO